

Mitbestimmung im Staat /Aktuelle Politik

Lösung

1. Welche Voraussetzungen braucht es, um auf Bundesebene stimmberechtigt zu sein?

- *Mündigkeit (18 Jahre)*
- *Urteilsfähigkeit/ Handlungsfähigkeit*
- *Schweizer Bürger/ -in*

2. Was bedeutet „**abstimmen**“? Kreuzen Sie an.

- Sich als Nationalrat zur Wahl stellen
- Am Stammtisch seine Meinung äussern
- Zu einer Sachvorlage Stellung nehmen
- Den Bundesrat zu einer Stellungnahme auffordern

3. Wann gilt auf Bundesebene **das obligatorische Referendum**? Kreuzen Sie an.

- Bei Wahlen
- Bei Entscheidungen des Bundesrates
- Nur bei Gesetzesänderungen
- Bei Verfassungsänderungen

4. **Wie viele Unterschriften** sind für das Zustandekommen des obligatorischen Referendums notwendig? Kreuzen Sie an.

- Es braucht keine Unterschriften
- 30'000
- 50'000
- 100'000

5. Zum **fakultativen Referendum**:

a) Wie viele gültige Unterschriften sind für das Zustandekommen notwendig?

- *50'000*

Welche Frist steht für diese Unterschriftensammlung zur Verfügung?

- *100Tage*

6. Das Parlament hat ein neues Gesetz beschlossen. Die Gegner sammeln Unterschriften gegen dieses Gesetz. Sie bringen die nötige Anzahl nicht zustande.

Wie geht es nun weiter mit dem Gesetz?

Das Gesetz tritt in Kraft

<p>7. Entscheiden Sie durch ein Kreuz, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.</p> <p>a) Eine hohe Wahlbeteiligung ist ein Beleg für eine hohe Zufriedenheit mit der Politik in der Bevölkerung.</p> <p>b) Eine Regierungskoalition ist die Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien.</p> <p>c) Die Schweiz ist kein typisches Beispiel für eine repräsentative Demokratie.</p> <p>d) Die horizontale Gewaltenteilung regelt die Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen</p>	<table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">richtig</th> <th style="text-align: center;">falsch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>a)</td> <td style="text-align: center;">O</td> <td style="text-align: center;">X</td> </tr> <tr> <td>b)</td> <td style="text-align: center;">O</td> <td style="text-align: center;">X</td> </tr> <tr> <td>c)</td> <td style="text-align: center;">X</td> <td style="text-align: center;">O</td> </tr> <tr> <td>d)</td> <td style="text-align: center;">O</td> <td style="text-align: center;">X</td> </tr> </tbody> </table>		richtig	falsch	a)	O	X	b)	O	X	c)	X	O	d)	O	X
	richtig	falsch														
a)	O	X														
b)	O	X														
c)	X	O														
d)	O	X														
<p>8. Was ist das Ziel einer eidgenössischen Volksinitiative? Kreuzen Sie an.</p> <p><input type="checkbox"/> Die sofortige Abstimmung über einen dringlichen Bundesbeschluss</p> <p><input type="checkbox"/> Die Änderung eines Bundesgesetzes</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Die Änderung der Bundesverfassung</p> <p><input type="checkbox"/> Die Änderung einer vom Bundesrat beschlossenen Verordnung</p>																
<p>9. Der National- und der Ständerat haben die Verfassung geändert. Was passiert nun automatisch? Antworten Sie mit mindestens einem vollständigen Satz.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Es folgt ein obligatorisches Referendum (... eine Volksabstimmung über diese Verfassungsänderung)</i> • <i>Es braucht das Volks- und das Ständemehr</i> 																
<p>10. Das Parlament beschliesst per Gesetz ein Verbot von fünf Hunderassen. Eine breite Gegnerschaft von Hundezüchtern und -haltern sorgt dafür, dass eine Volksabstimmung erfolgt.</p> <p>a) Wie heisst das Volksrecht, das die Gegner und Gegnerinnen dieses Gesetzes genutzt haben?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>das fakultative Referendum</i> <p>b) Wie sind sie vorgegangen?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Sie haben <u>50 000 Unterschriften in 100 Tagen gesammelt und diese bei der Bundeskanzlei eingereicht</u></i> <p>c) Welche Mehrheit/Mehrheiten braucht es, damit dieses Gesetz angenommen wird?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>das Volksmehr</i> 																
<p>11. In Sachen Feinstaub geschieht zu wenig, was wirklich wirksam ist. Aus mehreren Organisationen und Einzelpersonen bildet sich ein Komitee, das wirksame Vorschläge macht und so lange aktiv ist, bis eine Volksabstimmung darüber abgehalten wird.</p> <p>a) Wie heisst das Volksrecht, das dieses Komitee genutzt hat?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>das Initiativrecht</i> <p>b) Wie ist diese Gruppe vorgegangen?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>100 000 Unterschriften sammeln in 18 Monaten</i> <p>c) Welche Mehrheit/Mehrheiten braucht es, damit dieser Vorschlag angenommen wird?</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Volks- und Ständemehr / das doppelte Mehr</i> 																

12. Welche **eidgenössische Volksinitiative** gilt als angenommen? Kreuzen Sie an.

	Stimmende		Kantone	
	Ja	Nein	Ja	Nein
<input type="checkbox"/>	742'534	523'953	10	13
<input type="checkbox"/>	823'213	447'879	11,5	11,5
<input checked="" type="checkbox"/>	687'760	671'312	15	8
<input type="checkbox"/>	592'572	592'572	14	9
<input type="checkbox"/>	645'737	667'324	8	15

13. Welches **Volksrecht wirkt wie eine Bremse**, die eine bestimmte politische Entwicklung hemmen kann?

- *das fakultative Referendum*

14. Welches **Volksrecht liefert Anstösse** und macht neue Themen politikfähig?

- *die Volksinitiative*

15. Das Parlament diskutiert ein neues Steuergesetz. Eine Minderheit opponiert und bringt viele Argumente dagegen. Die Mehrheit der National- und Ständeräte gibt ziemlich weit nach. Warum? Schreiben Sie Ihre Begründung in vollständigen Sätzen nieder.

- *Die Minderheit unterliegt zwar im Parlament, aber die Parteien und Verbände, die dazu gehören, können ein fakultatives Referendum erwirken. Dafür würden sie nach der Abstimmung im Parlament Unterschriften sammeln. Wenn sie das Volk überzeugen, wird das Gesetz so zu Fall gebracht. (Diese Drohung wirkt, die Mehrheit will lieber einen Kompromiss als gar nichts.)*

16. Bei welcher Sachfrage wäre zur Annahme das Volks- und Ständemehr notwendig?

- | | | |
|----|---|-------------------------------------|
| a) | Einführung des neuen Mutterschaftsversicherungsgesetzes | <input type="checkbox"/> |
| b) | Änderung der Bundesverfassung zur Einführung einer Frauenquote im Bundesrat | <input checked="" type="checkbox"/> |
| c) | Bundesbeschluss zur Anschaffung neuer Flugzeuge für die Armee | <input type="checkbox"/> |
| d) | Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem fremden Staat | <input type="checkbox"/> |

17. Geben Sie an, **wer von wem gewählt** wird.

- V** → Volk
P → Parlament (Ständerat / Nationalrat)
G → Gemeindeversammlung / Urnenabstimmung in der Gemeinde

Bundesrat	P
Kantonsrat / Grossrat (Kantonsparlament)	V
Nationalrat / Ständerat	V
Gemeindepräsident	G
Regierungsrat / Staatsrat (Kantonsregierung)	V
Nationalratspräsident	P
Bundesrichter	P

18. Beantworten Sie die Fragen in ganzen Sätzen.

In der Schweiz wird relativ häufig das Referendum ergriffen. Nehmen wir an, durch eine Staatsreform würde man die benötigte Unterschriftenzahl **verdreifachen**. Welche Folgen würden sich daraus für das politische System ergeben?

Nennen Sie zwei konkrete Folgen.

Zwei aus:

- Weniger Referenden
- Mehr Aufmerksamkeit für zustande gekommene Referenden
- Höhere Kosten: Nur noch reiche Verbände / Parteien etc. könnten sich ein Referendum leisten
- Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses
- Effizienzsteigerung des politischen Systems
- Mehr Unzufriedenheit im Land, Politikverdrossenheit etc.
- Mehr ausserparlamentarische Opposition

Wichtig: Argumentationskette muss sinnvoll sein!

19. Kreuzen Sie das **Zutreffende** an!

Richtig Falsch

- a) „Wählen“ heisst, an der Urne zu einer Sachvorlage Stellung zu nehmen.
- b) Für ein Amt stellt sich nur ein Kandidat zur Verfügung. Der Kandidat wird als gewählt erklärt. Eine solche Wahl bezeichnet man als „*stille Wahl*“.
- c) Der Bundesrat wird in der Schweiz vom Volk gewählt.
- d) „Aktiv Wählen“ heisst, seine Meinung zu einem Sachverhalt am Stammtisch klar und deutlich abzugeben.
- e) Wer sich zur Wahl stellt oder stellen lässt, übt das passive Wahlrecht aus.

20. Setzen Sie die folgenden Zahlen korrekt in den Lückentext ein:

46	6	100'000	90
200	100	50'000	26
20	18	50	7

- Die Schweiz hat **46** Ständeräte und **200** Nationalräte. Der Bundesrat hat **7** Mitglieder.
- Eine eidgenössische Volksinitiative ist mit **100'000** Unterschriften innert **18** Monaten zustande gekommen.
- Das fakultative Referendum gegen ein Bundesgesetz ist gültig, wenn mindestens **50'000** Unterschriften innert **100** Tagen gesammelt wurden.
- Die Schweiz hat **20** Vollkantone und **6** Halbkantone.

21. Bei einer Wahl werden 175 Wahlzettel eingelegt. 4 sind leer, 5 ungültig.

Wie hoch ist das absolute Mehr? Stellen Sie Ihren Lösungsweg möglichst klar dar.

$$175 - 4 - 5 = 166 \qquad :2 = 83 \qquad +1 = \underline{84}$$

22. Ändern Sie folgende Wahllisten wie unter a) bis c) verlangt.

Liste 1	Partei A
1.1.	R. Federer
1.2.	P. Schnyder
1.3.	S. Williams
1.4.	R. Nadal
	1.5. N.Kiefer
	1.2 P. Schnyder

Liste 2	Partei B
2.1.	Y. Chikhaoui
2.2.	F. Etoundi
2.3.	M. Ballack
2.4.	D. Da Costa
	1.5. N.Kiefer
	2.5. M. Schön- bächler

Liste 3	Partei C
3.1.	J. Roberts
3.2.	A. Jolie
3.3.	J. Foster
	2.2 F. Etoundi
	3.4. K. Winslet
	3.3 J. Foster
	3.1. J. Roberts

- a) Kumulieren Sie P. Schnyder (1.2.) auf der Liste 1
- b) Panaschieren Sie N. Kiefer (1.5.) auf der Liste 2
- c) Kumulieren Sie J. Roberts (3.1.) und panaschieren Sie gleichzeitig F. Etoundi (2.2.) auf der Liste 3.
- d) Wie viele Parteistimmen haben die Parteien insgesamt aus allen 3 Listen nach den verlangten Änderungen gemäss den Aufgaben a) bis c)?

Partei A: **6** Partei B: **5** Partei C: **4**

23. Kreuzen Sie diejenigen Behörden an, die von der angegebenen Handlung betroffen sind.
Es können pro Zeile auch mehrere betroffen sein.

Handlung	Bundesrat	Parlament	Bundesgericht
Veröffentlicht das Regierungsprogramm.	X		
Kontrolliert und kritisiert die Regierung.		X	
Wird vom Volk gewählt.		X	
Besteht aus 35 bis 45 Mitglieder.			X
Wird von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt.	X		X
Vertritt die Schweiz gegenüber der EU.	X		
Berät und beschliesst neue Gesetze.	X		
Entscheidet über das Budget.		X	
Befiehlt das Militär in dringenden Fällen.	X	(X richtig gelten lassen)	

24. Kreuzen Sie an, für welche der aufgeführten politischen Rechte die Aussagen a) –e) zutreffen:

	obligatorisches Referendum	fakultatives Referendum	Volksinitiative
a) Für das Zustandekommen sind keine Unterschriften notwendig.	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Es braucht 50 000 Bürgerinnen und Bürger, die eine Abstimmung verlangen.	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>
c) Das Volksmehr genügt zur Annahme.	<input type="checkbox"/>	X	<input type="checkbox"/>
d) Das Volks- und Ständemehr ist zur Annahme bei dieser Vorlage nötig.	X	<input type="checkbox"/>	X
e) Das Parlament beschliesst, die Bundesverfassung zu ändern.	X	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. **Politische Rechte des Volkes:** Ordnen Sie passende Begriffe zu.
→ Die Begriffe können mehrmals verwendet werden.

Nationalrat	Legislative	Kantonsrat	absolutes Mehr
relatives Mehr	Schweizer Bürgerrecht	mind. 18 Jahre alt	fakultatives Referendum
nicht wegen Geisteskrankheit bevormundet	Volksinitiative	Petitionsrecht	Abstimmung
Wahlrecht	Stille Wahl	Exekutive	Judikative

Welches Recht nimmt jemand wahr, der an der Wahl des Ständerates teilnimmt?	Wahlrecht
Mit diesem Recht kann das Volk neue Themen politikfähig machen oder einen politischen Prozess beschleunigen.	Volksinitiative
Dieses politische Recht steht allen Personen in der Schweiz zu, ungeachtet des Alters und des Bürgerrechts.	Petitionsrecht
Welche drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit jemand bei Wahlen eine gültige Stimme abgeben kann?	nicht wegen Geisteskrankheit bevormundet Schweizer Bürgerrecht mind. 18 Jahre alt
Mit einer Unterschriftensammlung kann das Volk verlangen, dass ein vom Parlament beschlossenes Gesetz auch noch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.	fakultatives Referendum
Wie nennt man die Hürde „eine Stimme mehr als die Hälfte“?	absolutes Mehr
Welches Mehr gilt meistens im 2. Wahlgang, nachdem der erste Wahlgang noch keine Entscheidung gebracht hat?	relatives Mehr
Der Kantonsrat ist die gesetzgebende Behörde, das heisst, die Gesetze werden im Kantonsrat beraten und schliesslich beschlossen. Wie nennt man diese Staatsgewalt mit dem Fremdwort?	Legislative

26. Der **Gesetzgebungsprozess** muss auf seinem Weg verschiedene Hürden überwinden. Positionieren Sie die Kästchen **rechts** ins richtige Feld links (mit Pfeilen oder Nummern).

1.	Parlament (= Nationalrat + Ständerat) beschliesst ein neues Gesetz.	↓	3.) Unterschriftensammlung und anschliessend Prüfung der Unterschriften
2.		↓	5.) Der Bundesrat setzt einen Termin fest für die Volksabstimmung über dieses Gesetz beziehungsweise über das Referendum.
3.		↓	2.) Ein Referendumskomitee entwirft den Unterschriftenbogen für das fakultative Referendum.
4.	Es sind über 85'000 gültige Un- terschriften zusammengekom- men.	↓	8.) Das Gesetz wird auf einen bestimmten Zeitpunkt in Kraft gesetzt. (Es gilt ab dann.)
5.		↓	7.) Die Mehrheit der Abstimmenden ist für das Gesetz.
6.	Es findet eine Volksabstimmung statt.	↓	
7.		↓	
8.			

27. In unseren Nachbarländern sind nur **eine** oder zwei **Parteien in der Regierung** vertreten, in der Schweiz besteht aber der Bundesrat aus **fünf** verschiedenen Parteien.

Wie nennt man eine solche Art von Regierungsbildung?

Konkordanz(demokratie) ½ Punkt

Was für einen Vorteil kann es haben, wenn viele Parteien in der Regierung vertreten sind?

- **Alle grossen Parteien übernehmen Verantwortung für die Regierungsführung.**
- **Im Parlament können sich die Parteien nicht so stark bekämpfen, weil ihre Vertreter in der Regierung miteinander auskommen müssen.**
- **Man kann gute Lösungen suchen und weiss nicht schon von vornherein, wie die Entscheidung herauskommen wird.**

1 Begründung genügt: ½ Punkt

28. Unter dem Begriff "**Föderalismus**" versteht man unter anderem die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Nennen Sie zwei Aufgaben (Kompetenzen), für die der **Bund** zuständig ist.

Auswärtige Angelegenheiten (Aussenpolitik) , Armee, Sicherheit, Berufsbildung, Nationalstrassenbau, Kernenergie etc.

29. Die Schweiz hat stark ausgebaute demokratische Mitbestimmungsrechte.

Die **Wahl- und Stimmbeteiligung** beträgt jedoch oft unter 50%.

Nennen Sie **drei** mögliche Gründe dafür.

- **Zu wenig Interesse** (hängt von der Wahl / Vorlage ab)
- **Zu wenig Wissen** (ungenügender Staatskundeunterricht)
- **Kein Zwang zur Wahl/Abstimmung** (fehlendes Obligatorium)
- **Nicht zeitgemäss** (keine Möglichkeit via SMS/Internet zu wählen, abzustimmen)
- **hohe Zufriedenheit** (in Krisenzeiten steigt die Stimmbeteiligung bei krisenrelevanten Vorlagen)
- **Resignation** (Viele Leute meinen, dass die Behörden sowieso machen, was sie wollen.)